

## Neue OZ online

13.04.2012, 10:11 [Fenster schliessen](#) [drucken](#)

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/lokales/63120438/einstieg-in-eine-bebauung-der-harderburg>

Ausgabe: Neue Osnabrücker Zeitung

Veröffentlicht am: 12.04.2012

# Einstieg in eine Bebauung der Harderburg

we Georgsmarienhütte

**Georgsmarienhütte. Das Ergebnis war nicht überraschend: Bei vier Gegenstimmen der Grünen und zwei weiteren Nein-Voten von Mitgliedern der SPD/Linke-Gruppe stimmte der GMHütter Rat am Mittwochabend mit fraktionsübergreifender Mehrheit dafür, in das Verfahren für eine Bebauung des Bereichs Harderburg einzusteigen.**



Ansicht des frühen Herrenhauses Harderburg, das dann in den 40er-Jahren zum Teil abgerissen wurde. Foto: Archiv Beermann

Vor der Abstimmung führten Befürworter und Kritiker noch einmal ihre Argumente ins Feld und schonten dabei die Gegenseite nicht. So warf Grünen-Ratsmitglied Robert Lorenz, der wie seine Fraktion von Beginn an konsequent die Bebauungspläne als nicht mit den Vorgaben des Baugesetzbuches vereinbar abgelehnt hatte, der Verwaltung vor: Hier wird „nicht ehrlich“ agiert und mit „gespaltener Zunge“ gesprochen. So habe die Verwaltung 2010 dem Rittergut noch jede kulturhistorische und städtebauliche Bedeutung abgesprochen, ein Jahr später aber das Gegenteil behauptet. Nunmehr sei Erhalt der Kulturlandschaft das Planungsziel. Der CDU-Fraktionsvorsitzenden Martin Dälken erklärte zu den Aussagen: „Wir haben hier fast

ein staatsanwaltschaftliches Plädoyer erlebt mit der Verwaltung auf der Anklagebank.“ Auch der Vorsitzende des Stadtplanungsausschusses, Thorsten Schoppmeyer von der CDU („Es hat ein ordentliches und sauberes Abwägungsverfahren stattgefunden“), und sein Vertreter Volker Beermann von der SPD („Es ist umfassend informiert worden“) bescheinigten der Verwaltung gute Arbeit.

Die hatte zu Beginn noch einmal die Geschichte des Ritterguts Osthoff und der politischen Beschlüsse seit dem 2008 im Auftrag der Stadt erfolgten Erwerb der Osthoff-Flächen durch die Niedersächsische Landgesellschaft (NLG) referiert. Dann wurde die Notwendigkeit der Aufstellung einer Bauleitplanung erläutert. Nur so seien eine städtebauliche Entwicklung des Bereichs und der Ausschluss nicht gewollter Nutzungen möglich. Fachbereichsleiter Herbert Reinersmann: „Wir haben uns von externen Juristen beraten lassen, die unsere Einschätzung der notwendigen Überplanung der Teilbereiche bestätigt haben. Ziel ist zu erhalten und weiter erfahrbar zu machen, was sich hier historisch an Nutzungen entwickelt hat.“

Für die CDU-Fraktion machte Martin Dälken deutlich: „Wir wollen das Bild des Rittergutes sichern und sollten die Chance nutzen, dass hier ein Privatmann bereit ist, auch die Naturschutzbelange zu berücksichtigen.“

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Annette Jantos führte aus, dass „ein Spagat“ zwischen den Interessen des Naturschutzes, der geschichtlichen Bedeutung der gesamten Anlage, der Refinanzierung der Ausgaben für den Kauf der Osthoff-Flächen, der Interessen der neuen Eigentümer sowie des Vertrauens der Bevölkerung in Entscheidungen des Rates notwendig sei. „Wir freuen uns über die gefundene Lösung“, erklärte sie.

Die Grünen sehen keine Notwendigkeit, eine Bauleitplanung für die Osthoff-Flächen aufzustellen – mit Ausnahme des Bereichs um das Herrenhaus. Das Bauen im Außenbereich sei im Baugesetzbuch ausdrücklich ausgeschlossen, wenn es sich nicht um privilegierte Vorhaben handle. Dies sei nicht zu umgehen, indem ein Außenbereich partiell zum Innenbereich erklärt werde. Angesichts der Mehrheit dürften Bebauungsplanfestlegungen ohne Probleme durch Ausschüsse und Rat gehen. Es deutet alles darauf hin, dass die Grünen die Rechtmäßigkeit überprüfen lassen.